

*
*
*
*
*
*
*
*

CHINA ZU BEGINN DES JAHRES 1985

- Kurzdarstellungen -

*
*

VORBEMERKUNG

Die Entwicklungen in der Volksrepublik China sind in den letzten Jahren und Monaten teilweise so rasant gewesen, daß es oft schwierig ist, die einzelnen Aspekte in den großen Zusammenhang der längerfristigen Entwicklungslinien einzuordnen. Das gilt insbesondere für eine Fülle von Detailinformationen, die notwendigerweise in den Übersichten, aber auch in einzelnen Spezialthemen in "CHINA aktuell" gebracht werden müssen. Um für wichtige Teilaspekte auch dem eiligen Leser einen Bezugsrahmen zu liefern und ihm damit die Möglichkeit zu geben, bestimmte Vorgänge einzuordnen, sollen im folgenden zu wichtigen Einzelbereichen zusammenfassende Kurzdarstellungen gebracht werden.

*
*

1. INNENPOLITIK UND POLITISCHES SYSTEM DER VOLKSREPUBLIK CHINA SEIT DEM TODE MAO ZEDONGS

Peter Schier

*
*

1.1. Innenpolitische Entwicklung 1976-1985

Die politische Entwicklung der Volksrepublik China ist seit dem Beginn der "sozialistischen Umgestaltung" und der Kollektivierung der Landwirtschaft im Jahre 1954 durch einen nahezu permanenten innerparteilichen Konflikt über das Konzept für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in China gekennzeichnet. Im Gegensatz zu einer Reihe von undifferenzierten westlichen Darstellungen gibt es keinen einheitlichen chinesischen Weg zum Sozialismus, und genauso wenig gibt es DAS "chinesische Entwicklungsmodell". Vielmehr gibt es bzw. gab es zumindest zwei antagonistische Konzepte, deren Vertreter sich einen erbitterten Macht- und Richtungskampf zugleich lieferten, der während der "Kulturrevolution" (1966-1976) zum Bürger-

krieg entartete. Bis zu Beginn der achtziger Jahre wurden die innerparteilichen und intraelitären Auseinandersetzungen im wesentlichen zwischen der maoistischen Fraktion und einer antimaoistischen Koalition von Verfechtern des Sowjetmodells und Reformkräften ausgetragen.

Seit dem Tode Mao Zedongs und dem Sturz seiner radikalen Anhänger, der sogenannten "Viererbande", im Herbst 1976 ist die politische Entwicklung Chinas durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet:

1. Totale Abkehr vom maoistischen Entwicklungsmodell einer sozialistischen Gesellschaft.
2. Partielle Abkehr vom traditionellen sozialistischen Wirtschaftsentwicklungskonzept (Sowjetmodell).
3. Beibehaltung des politischen Systems der Einparteienherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas.

Hauptverantwortlich für die Entmaoisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und für den neuen Kurs, der auch weit über das sowjetische Entwicklungskonzept hinausgeht, ist der 80jährige Deng Xiaoping, der nach seiner zweiten Rehabilitierung im Juli 1977 zum mächtigsten Politiker Chinas aufgestiegen ist. Zunächst setzte sich Deng im Jahre 1978 durch großes taktisches Geschick an die Spitze einer antimaoistischen Koalition und setzte dann von Ende 1978 bis Ende 1982 die schrittweise Säuberung der gemäßigten maoistischen Restfraktion unter Hua Guofeng aus den Führungsgremien der Partei in der Zentrale und auf Provinzebene durch.

Die entscheidende Niederlage der maoistischen Fraktion markierte im September 1982 der XII. Nationale Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh): Sechs Vertreter des maoistischen Entwicklungskonzepts wurden nicht mehr ins Politbüro gewählt, während acht der neun neuen Politbüromitglieder eindeutig der antimaoistischen Koalition zuzurechnen sind. Nur noch vier Politiker, die der maoistischen Fraktion nahestanden, verblieben im 28köpfigen Politbüro, d.h. knapp 15%. Im für die politische Tagesarbeit zuständigen ZK-Sekretariat findet sich kein einziger Anhänger des maoistischen Entwicklungswegs mehr, und im Zentralkomitee haben die antimaoistischen Kräfte eine überwältigende Mehrheit - die Zahl der kulturrevolutionären Aufsteiger im Zentralkomitee sank auf nur 13%. Der Regierungsapparat ist mittlerweile vollständig in den Händen antimaoistischer Kräfte, und auch die Führung der Armee scheint mittler-

weile in der großen Mehrheit auf der Seite der antimaoistischen Koalition. Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse in der Führung von Partei, Staat und Armee für die gemäßigten Kräfte kann die Möglichkeit einer künftigen Rückkehr zum maoistischen Entwicklungskonzept und zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wie während der Kulturrevolution weitgehend ausgeschlossen werden. Hinzu kommt, daß die maoistischen Kräfte weder über ein populäres Programm noch über eine charismatische Führerpersönlichkeit verfügen.

Seit der Beseitigung der Vertreter des maoistischen Entwicklungsmodells aus den politischen Entscheidungsgremien stehen die folgenden programmatischen Kernpunkte im Zentrum der Politik der Kommunistischen Partei Chinas:

1. Wirtschaftsaufbau STATT permanenter Revolution bzw. wirtschaftliche Entwicklung durch verschiedene materielle Anreizsysteme, wie z.B. Reprivatisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, im Dienstleistungsgewerbe und im Kleinhandel, STATT wirtschaftlicher Entwicklung durch politisch-ideologische Kampagnen, Massenbewegungen und totale Kollektivierung und Verstaatlichung wie zu Maos Lebzeiten.
2. Breitestmögliche Einheitsfront mit den früheren "bürgerlichen" Gegnern, wie z.B. Unternehmern, demokratischen Politikern und Intellektuellen, STATT totalem antibürgerlichen Klassenkampf.
3. Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung durch Förderung der Privatinitiative STATT kommunistischer Gleichmacherei in Armut.
4. Außenwirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Westen mittels Wirtschaftssonderzonen und Investitionsmöglichkeiten ausländischer Betriebe in China STATT außenwirtschaftlicher Abschottung.
5. Reform des Wirtschaftssystems STATT starrem Festhalten am System der dirigistischen zentralen Planwirtschaft und am staatlichen Preismonopol.
6. Betonung der Rolle von Wissenschaft und Technik und der Rolle der Intellektuellen und Fachleute für die wirtschaftliche Entwicklung STATT Betonung der Rolle des politischen Bewußtseins und der "richtigen" Klassenherkunft.
7. Friedliche Koexistenz mit Staaten kapitalistischer Gesellschaftsordnung STATT revolutionärem Krieg oder Kampf gegen kapitalistische und "revisionistische" Staaten durch Unterstützung von prochinesischen

"Befreiungsbewegungen".

Allerdings sind die außenwirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Westen und die Reform des Wirtschaftssystems innerhalb der chinesischen Führung nicht unumstritten. Gleichzeitig mit dem kontinuierlichen Niedergang der maoistischen Restfraktion seit Dezember 1978 entwickelten sich nämlich ab 1980 zunehmend Gegensätze innerhalb der antimaoistischen Koalition zwischen den Reformkräften auf der einen Seite und den Sowjetmodellverfechtern sowie Vertretern der zentralen Planungsbürokratie und der Armee auf der anderen Seite. Hauptstreitpunkt war und ist die Reform des Wirtschaftssystems, die für Tausende von Planungsbürokraten und für Zigtausende von politischen Funktionären erhebliche Macht- und Statuseinbußen mit sich bringen wird. Damit verlagerte sich das Zentrum der Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung von dem Konflikt zwischen Maoisten und Antimaoisten über die Frage "Maoistisches oder pragmatisches Entwicklungskonzept?" zu einer Auseinandersetzung zwischen Reformern und Reformgegnern über Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreform.

Wie sich die Auseinandersetzungen über die Wirtschaftsreform entwickeln werden, läßt sich schwer vorhersagen. Für die Sowjetmodellverfechter und die Interessenvertreter der Planungsbürokratie und der politischen Funktionäre spricht deren institutionelle Macht. Für die mehr marktorientierten Reformer sprechen ihre Jugend und die dringende Notwendigkeit intensiven statt extensiven Wirtschaftswachstums, rationalen wirtschaftlichen Handelns und höherer Produktivität - Ziele, die unter den Bedingungen des Systems der dirigistischen zentralen Planungswirtschaft erwiesenermaßen nicht oder nur sehr begrenzt erreicht werden können.

Seit Frühjahr 1984 scheinen die Reformkräfte eindeutig in der Offensive: Zunächst gelang es ihnen im April 1984, innerhalb der Parteiführung eine weitere außenwirtschaftliche Öffnung (14 Küstenstädte) durchzusetzen. Im Oktober 1984 konnten die Reformer einen weiteren wichtigen Erfolg erzielen, als sie auf der 3. Plenartagung des XII. Zentralkomitees der KP Chinas die Verabschiedung einer umfangreichen politischen Absichts-erklärung zur Reform des Wirtschaftssystems durchsetzten. Damit nahm das Zentralkomitee zum ersten Mal offiziell Stellung zu der bereits seit mehreren Jahren laufenden Reformdiskussion. Obwohl sich die Reformkräfte bei der Formulierung des ZK-Beschlusses zur Wirtschaftsreform weitgehend

durchsetzen konnten, enthält das Dokument doch auch eine Reihe von Kompromißformeln, die bei der Verwirklichung des ZK-Beschlusses von den Reformgegnern zur Torpedierung der anvisierten marktorientierten Wirtschaftsreformen ausgenutzt werden könnten. Schließlich gilt auch für den ZK-Beschluß zur Reform des Wirtschaftssystems die allgemeine Erkenntnis über das politische Leben Chinas, daß die Verwirklichung von Beschlüssen der Zentrale an der Basis sehr oft schwieriger und langwieriger verläuft als die Beschlußfassung in der Zentrale.

1.2. Politisches System

Die Verfassung der Volksrepublik China und das Statut der allmächtigen Kommunistischen Partei Chinas haben im Verlauf der über 35jährigen Geschichte der VR China nur sehr begrenzte Gültigkeit als politische Handlungsrahmen besessen. Von 1949 bis 1976 sind Verfassung und Parteistatut von der kommunistischen Führungselite Chinas mehr gebrochen als befolgt worden. Die intraelitären Fraktionen handelten in ihren politischen Auseinandersetzungen nur dann im Rahmen des Kodex, wenn dieser zur Verwirklichung ihrer Ziele ausreichte. Verstöße gegen das formalgültige Staats- und Parteirecht durch die kommunistische Führungselite waren - und sind nach wie vor - möglich aufgrund der absoluten Führungsrolle der Kommunistischen Partei Chinas, die faktisch jegliche Gewaltenteilung ausschließt.

Seit Ende 1978 ist allerdings nicht nur ein zunehmender Ausbau des Rechtssystems festzustellen, sondern auch eine steigende Tendenz der politischen Führung, innerhalb des in Verfassung, Parteistatut und anderen Kodices festgelegten politischen Handlungsrahmens zu agieren. Hinzu kommt, daß in dem Verfassungstext von 1982 zum ersten Mal in der Verfassungsgeschichte der Volksrepublik China festgeschrieben ist, daß die Verfassung "das Grundgesetz des Staates ist und höchste gesetzliche Autorität besitzt" und deshalb von keiner Person oder Organisation gebrochen werden dürfe. Doch auch diese neuen Bestimmungen dürften im Ernstfall Verfassungsverstöße durch die Parteiführung kaum verhindern können, da die absolute Führungsrolle der KP Chinas auch in der neuesten Verfassung (1982) wieder verankert worden ist. Darüber hinaus fehlt es an Organen einer Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit und an Rechtswegen gegen verfassungs- und verwaltungsrechtliche Verstöße. Die Wirksamkeit der Verfassungskontrolle durch das eigentliche Legislativorgan, den Ständigen

Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK), zu dessen Befugnissen "die Auslegung der Verfassung und die Überwachung ihrer Durchführung" zählen, darf nicht sehr groß eingeschätzt werden, da sich der Ständige Ausschuß als Staatsorgan verfassungsgemäß der Führung durch die KPCh unterordnen muß und sich zudem mehrheitlich aus führenden KPCh-Mitgliedern zusammensetzt.

Nach Artikel 1 der Verfassung von 1982 ist die Volksrepublik China "ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht". Da die "demokratische Diktatur des Volkes" in der Präambel mit der "Diktatur des Proletariats" gleichgesetzt wird und da das Parteistatut die Kommunistische Partei Chinas zur "Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse" erklärt, handelt es sich bei der "demokratischen Diktatur des Volkes" im Grunde genommen um die Diktatur der Kommunistischen Partei Chinas. Tatsächlich ist die absolute Führungsrolle der Kommunistischen Partei in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowohl in der Verfassung als auch im Parteistatut eindeutig festgelegt.

Organisationsprinzip der KP Chinas ist der sogenannte "demokratische Zentralismus". Er besagt im Kern, daß sich "alle Organisationen und alle Mitglieder der Partei dem Nationalen Parteitag und dem Zentralkomitee unterordnen müssen", da diese beiden "das höchste Führungsorgan der Partei" ausmachen. De facto stellt jedoch das Politbüro des Zentralkomitees das höchste Entscheidungsorgan der KP Chinas dar. In Vertretung des ZK-Plenums trifft das Politbüro die politischen Grundsatzentscheidungen, während der Ständige Ausschuß des Politbüros aufgrund der totalen Überalterung seiner Mitglieder mittlerweile nicht mehr als "führender Kern der gesamten laufenden Arbeit der Partei" fungiert. Seine Aufgabe hat zunehmend das ZK-Sekretariat übernommen. Die im Politbüro gefällten Grundsatzentscheidungen werden vom ZK-Sekretariat nicht nur vorbereitet, sondern auch in konkrete politische Richtlinien umgesetzt. Dem ZK-Sekretariat unterstehen die verschiedenen ZK-Organen, deren Arbeit es koordiniert. Das ZK-Sekretariat ist daher der eigentliche Kopf der Parteibürokratie. Es ist aber auch mittlerweile zum höchsten tagespolitischen Entscheidungsgremium der KP Chinas geworden.

Geleitet wird das ZK-Sekretariat vom ZK-Generalsekretär, der auch für die Einberufung der Sitzungen

des Politbüros und seines Ständigen Ausschusses zuständig ist. Das Amt des ZK-Generalsekretärs liegt seit 1979 in den Händen des heute 69jährigen Hu Yaobang, der ein Vertrauter Deng Xiaopings ist und zum Reformflügel zählt. Der zweithöchste Politiker im ZK-Sekretariat ist der 55jährige Hu Qili, der mittlerweile die Führung der tagespolitischen Routinearbeit übernommen hat. Hu Qili besitzt gegenwärtig die weitaus größten Chancen, bei einem Rücktritt von Hu Yaobang die Parteiführung zu übernehmen.

Das vom Nationalen Parteitag für fünf Jahre gewählte Zentralkomitee tritt mindestens einmal jährlich zu einer Plenartagung zusammen. Das ZK-Plenum wählt das Politbüro und seinen Ständigen Ausschuß, das ZK-Sekretariat und den Generalsekretär des ZK. Das Zentralkomitee (oder sein Politbüro oder dessen ständiger Ausschuß, die zwischen den ZK-Plenartagungen die Funktionen des ZK ausüben) ernennt auch die Mitglieder der ZK-Militärkommission, die das höchste Führungsorgan der Partei über die Armee darstellt. Auch die Zentrale Disziplinkontrollkommission und die Zentrale Beraterkommission stehen unter Führung des Zentralkomitees - ihre Mitglieder werden allerdings nicht vom ZK ernannt, sondern vom Nationalen Parteitag der KP Chinas gewählt. Während die Beraterkommission nur ein zeitweiliges Organ zur gesichtswahrenden Pensionierung von altersschwachen Führungskadern sein soll, stellt die Disziplinkontrollkommission eine dauerhafte Institution dar, die über die Einhaltung des Parteistatuts wacht.

Höchstes Organ der Staatsmacht und Gesetzgebungsorgan ist das indirekt gewählte Parlament, der Nationale Volkskongreß (NVK) bzw. sein Ständiger Ausschuß. Um die Effektivität des Gesetzgebungsapparates zu verbessern, wurden die Befugnisse des Ständigen NVK-Ausschusses erheblich erweitert. Darüber hinaus erhielt der Ständige Ausschuß, der zunehmend den Charakter des eigentlichen Parlaments annimmt, mit der Vorsitzendenkonferenz ein ständiges Arbeitsorgan, das sich aus den Vorsitzenden und seinen Stellvertretern sowie dem Generalsekretär des Ständigen NVK-Ausschusses zusammensetzt. Außer den Mitgliedern des Ständigen NVK-Ausschusses wählt der NVK folgende führende Mitglieder des Staatsapparats:

- den Vorsitzenden der Volksrepublik China (Staatspräsident) und seinen Stellvertreter,
- den Ministerpräsidenten und die weiteren Mitglieder des Staatsrats (Zentralregierung),

- den Vorsitzenden und die weiteren Mitglieder der Zentralen Militärkommission
- den Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes und
- den Generalstaatsanwalt der Obersten Volksstaatsanwaltschaft.

Der Vorsitzende der Volksrepublik China - ein Amt, das während der Kulturrevolution abgeschafft worden war und mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Dezember 1982 wieder eingeführt wurde - hat im wesentlichen nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen. Gegenwärtig nimmt Li Xiannian, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und führender Vertreter der Zentralen Planungsbürokratie, diesen Posten ein.

Viel wichtiger ist hingegen der Staatsrat, "die zentrale Volksregierung". Der Staatsrat setzt sich aus folgenden Kabinettsmitgliedern zusammen:

1. Ministerpräsident (Zhao Ziyang),
2. stellvertretende Ministerpräsidenten (4),
3. Staatsratskommissare (10),
4. Generalsekretär des Staatsrats,
5. Vorsitzende der Kommissionen (8),
6. Minister (36) und
7. Präsident des Rechnungshofes.

Die unter 1. bis 4. genannten Politiker sind Mitglieder der Ständigen Konferenz des Staatsrats, dem permanenten Arbeitsgremium der Regierung, das die wichtigen tagespolitischen Entscheidungen fällt.

Die Zentrale Militärkommission gilt als das staatliche Führungsorgan der chinesischen Streitkräfte. De facto untersteht die Chinesische Volksbefreiungsarmee jedoch weiterhin der Kommunistischen Partei Chinas bzw. der ZK-Militärkommission. Dies wird allein daraus ersichtlich, daß alle Mitglieder der staatlichen Zentralen Militärkommission gleichzeitig Mitglieder der ZK-Militärkommission sind. Vorsitzender der beiden Militärkommissionen ist Chinas derzeit mächtigster Politiker Deng Xiaoping.

Das öffentliche Verwaltungssystem der Volksrepublik China umfaßt sechs staatliche Verwaltungsebenen sowie zwei Ebenen der lokalen Selbstverwaltung:

1. Zentrale
2. Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfremde Städte
3. bezirksfreie Städte, Regierungsbezirke, Bünde, Autonome Bezirke, Verwaltungsbezirke
4. Kreise, Autonome Kreise, Banner, Stadtbezirke, kreisfreie

- Städte
- 5. Kreisbezirke
- 6. Kleinstädte, Gemeinden, Nationalitätengemeinden, Volkskommunen, Straßenviertel
- 7. Dörfer, Wohnviertel
- 8. Dorfbewohnergruppen, Einwohnergruppen.

Mit Ausnahme der Regierungsbezirke, Bünde, Kreisbezirke und Straßenviertel sowie der Einheiten der beiden Selbstverwaltungsebenen haben alle Verwaltungseinheiten eigene Volksvertretungen, die sogenannten Volkskongresse, und von den Volkskongressen gewählte Volksregierungen. Die Abgeordneten der Volkskongresse werden bis einschließlich der Kreisebene direkt von der wahlberechtigten Bevölkerung gewählt. Die Volkskongresse der drei übergeordneten Ebenen (Bezirk, Provinz, Zentrale) werden indirekt, d.h. durch die Volkskongresse der jeweils untergeordneten Ebene gewählt. Aufgrund des politischen Machtmonopols der Kommunistischen Partei Chinas ist die Freiheit der Wahlen jedoch stark eingeschränkt. Die Mehrheit der Abgeordneten der Volkskongresse machen auf jeder Verwaltungsebene die Mitglieder der KP Chinas aus.

*
*
*

2. GRUNDZÜGE DER CHINESISCHEN AUSSENPOLITIK

Oskar Weggel

*

*

2.1. Entfaltung

Die chinesische Außenpolitik hatte nie ein Patentrezept; sie hat sich eher reaktiv als aktiv entfaltet und zeigte extreme Ausschläge (Anlehnung an die Sowjetunion - Feindschaft mit der Sowjetunion - Allianz mit der Dritten Welt - Rückzug in die Klausur - Zusammenarbeit mit den USA und mit der "modernen" westlichen Welt).

2.2. Bestimmungsfaktoren

2000 Jahre lang kannte China kein Außen-, sondern nur ein Ritenministerium, das den Umgang mit demütigen Nachbarvölkern regelte. Erst im 19. Jahrhundert wurde es gegen seinen Willen ins unruhige Wasser der Außenpolitik hineingestoßen.

Seit Beginn des Modernisierungskurses (1978 ff.) zeigen sich Tendenzen zur "Renormalisierung", also zur Rückkehr gewisser traditioneller Elemente, die nur latent in Erscheinung treten, z.B.

- Außenpolitik als Hierarchisie-